

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Dezember 1952

Verhandlungen über Entschädigung der Besatzungsopfer547/A.B.

zu 594/J

Anfragebeantwortung

Die Abg. Ferdinanda F l o s s m a n n und Genossen richteten am 20. November an den Finanzminister eine Anfrage bezüglich der Entschädigung an Besatzungsopfer. Sie wiesen darauf hin, dass die Bundesregierung einen Betrag von 25 Millionen Schilling für jene Fälle vorgesehen habe, in denen die Besatzungsmacht die Ausstellung einer Bestätigung über zugefügte Schädigungen verweigert. Der zugefügte Schaden sei von österreichischen Amtsstellen erhoben und geschätzt, eine Bezahlung durch das Finanzministerium erfolge jedoch unter Hinweis auf das Verbot der Besatzungsmacht nicht. Die Abgeordneten fragten den Minister, ob er die Finanzämter anweisen wolle, in diesen Fällen auf Kosten der künftigen Gutmachung einstweilige Vorschüsse zu zahlen.

Bezugnehmend auf diese Anfrage teilt nunmehr Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z mit, dass derzeit mit der in Frage kommenden Besatzungsmacht im Gegenstande Verhandlungen geführt werden. Er behalte sich vor, nach Abschluss dieser Verhandlungen auf die Anfrage zurückzukommen.

-.-.-.-